

BUND-Umweltzentrum Ortenau, Hauptstr. 21, 77652 Offenburg

Offenburg, 16.08.2019

RP Freiburg /
Kopie an: Stadt Offenburg

Gemeinsame Stellungnahme des BUND-Kreisverbandes (Umweltzentrum Ortenau) und der betroffenen BUND-Ortsverbände Offenburg, Hohberg und Neuried zur Planung B33 - Autobahnzubringer Offenburg-Süd

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Den Neubau eines Autobahnzubringers lehnen wir als Umweltschutzverband ab.

Wir möchten besonders auf folgende Kritikpunkte aufmerksam machen:

1. Fraglicher Nutzen

Seit Jahrzehnten versucht man, den zunehmenden motorisierten Individualverkehr (MIV) sowie den Schwerlastverkehr durch den Bau neuer und mehrspuriger Straßen in den Griff zu bekommen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass der Ausbau zwar kurzfristig die alten Strecken entlastet, sie dadurch aber gleichzeitig wieder attraktiver macht und nach kurzer Zeit sowohl die neue, als auch die alte Strecke wieder überlastet sind. In diesem Zusammenhang halten wir die auch die vorgelegten Varianten für einen Magneten für neuen Verkehr mit all seinen negativen Folgen wie Abgase und Verlärmung.

Die schwerpunktmäßige Bevorzugung von Varianten, die nah beim Gewerbepark Hoch3 liegen, legen den Verdacht nahe, dass es nicht nur um die Entlastung der bestehenden Situation geht, sondern zusätzliche Anbindungen für Industrie- und Gewerbenueansiedlungen geschaffen werden, die weiteren Flächenverbrauch nach sich ziehen und wie oben erwähnt auch weiteren Verkehr erzeugen, der wieder nicht an die Schiene, sondern an die Straße angebunden ist.

Die Begründung, dass die B 33 ja bereits 4-spurig ausgebaut sei und dadurch das Offenburger Nadelöhr umso dringender beseitigt werden muss, ist in unseren Augen sehr fadenscheinig, da das Problem sehenden Auges selbst erzeugt wurde. Der BUND hat sich vor Jahren gegen diesen Ausbau ausgesprochen, unter anderem deshalb, weil er den Verkehr nur noch schneller zu der Engstelle hinführt.

Der BUND fordert dagegen eine intelligente Verkehrswende durch eine neue Strukturpolitik, durch Verkehrsvermeidung sowie Verlagerung auf Fuß- und Radverkehr, ÖPNV und auf die Schiene.

2. Widerspruch zu Klima- und Artenschutz

In Zeiten des Klimawandels ist der Ausbau von Straßen ein Schritt in die falsche Richtung. Bei der Dauer des Planungsverfahrens ist zu befürchten, dass sich die Klimakrise bis zur Bauphase schon so weit zugespitzt hat, dass die Pläne gar nicht mehr umgesetzt werden. Zu Recht würde man dann eine Verschwendung von Steuergeldern für Planung von Straßenbauprojekten beklagen, wenn die Gelder dringend benötigt werden, um den Klimawandel zumindest zu bremsen und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen.

Die momentan vorgesehenen Varianten sind (fast) alle mit einer Zerschneidung von Feldern, Wiesen und Waldgebieten und mit einer großen Flächenneuversiegelung verbunden. Dies ist im Hinblick auf den starken Rückgang der biologischen Vielfalt nicht akzeptabel. Auch der Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und von fruchtbaren Böden ist im Hinblick auf die Ernährungssouveränität Deutschlands nicht mehr hinnehmbar.

3. Variantenvergleich

Da wir befürchten, dass unser Widerspruch nicht dazu führen wird, dass die Pläne ganz fallen gelassen werden, fordern wir, wenigstens nur solche Varianten in Erwägung zu ziehen, die keinen kompletten Neubau, sondern nur einen moderaten Ausbau bestehender Straßen mit sich bringen. Auch eine mögliche Ertüchtigung des jetzigen Anschlusses kann bei der Betrachtung nicht ausgeschlossen werden. Zusätzlich zu den vorgelegten Varianten sollte eine Anbindung noch etwas weiter südlich über die Ichenheimer Straße bei Niederschopfheim mit aufgenommen werden. Abgesehen von genauer Verkehrserfassung nach Quelle und Ziel sollten die Planungen mögliche sinnvolle Vernetzungen mit dem ÖPNV beinhalten. Außerdem wäre ein ausreichender Lärmschutz mit einzuplanen.

Fazit:

Der BUND ist gegen den geplanten Bau eines Südzubringers. Sollte dennoch an der Planung festgehalten werden, fordert der BUND, wenigstens Neuzerschneidung von wertvollen Flächen zu vermeiden und nur bestehende Straßen moderat auszubauen.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Rumpel
Geschäftsführerin BUND-Umweltzentrum Ortenaukreis